



Interpellation "Fossilfreier Busverkehr" Fraktion Grüne/ Junge Grüne vom 7.7.2022

Sachverhalt:

Gemäss Grundlagenbericht für die Klimastrategie der Stadt Thun liegt der CO₂-Ausstoss der öffentlichen Busse bei ca. 10% der CO₂-Emissionen des gesamten Strassenverkehrs auf Stadtgebiet. In allen Szenarien steigt die Fahrleistung der Busse künftig stark an und damit ohne Massnahmen auch die Emissionen. Dass die STI dennoch weiterhin ausschliesslich Dieselsebusse einsetzt und über keine Umstellungsstrategie verfügt wird zunehmend zum Problem für die Stadt Thun.

Ab dem kantonalen Angebotsbeschluss öffentlicher Verkehr 2026 – 2029 wird die Energieart des bestellten Bus-Angebots ausgewiesen (Antwort des Regierungsrats auf Motion 051-2021) und die Mehrkosten über die Abgeltungen finanziert. Damit will der Kanton sicherstellen, dass spätestens ab 2045 kein fossil betriebenen Busse mehr verkehren.

Fragen an den Gemeinderat:

1. Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen der STI und der Stadt Thun aus, und ist eine aktive Zusammenarbeit in diesem Thema gewährleistet?
2. Ist die Einflussnahme der Stadt bei der STI, einer privat-rechtlichen AG, in strategisch bedeutsamen Fragen gewährleistet und wenn nein, in welcher Form kann diese zukünftig gewährleistet werden?
3. Wäre es für den Gemeinderat allenfalls eine Option sich stärker an der STI zu beteiligen um sich mehr Einfluss zu verschaffen?
4. Was sind die Vor- und Nachteile einer öffentlich-rechtlichen Organisation analog zu BERNMOBIL, wo die Gemeinderatsmitglieder im Verwaltungsrat sitzen, so wie wir bei der Energie Thun AG?
5. Wie kann sichergestellt werden, dass die STI zeitnah über eine Umstellungsstrategie verfügt und das Angebot des Kantons frühzeitig und umfassend nutzt im Sinne der Stadt?
6. Ist der Gemeinderat nötigenfalls bereit mit dem Regierungsrat alle Möglichkeiten zu prüfen (z.B. Bedingungen an Abgeltungen und Konzessionen) wie die Interessen der Stadt Thun geltend gemacht werden können?
7. Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten (ev. gemeinsam mit Partnern) wie die STI unterstützt werden könnte, damit das neue Depot möglichst rasch realisiert werden kann?

Begründung:

Seit dem Postulat P14/2019 und der abschlägigen Stellungnahme der STI haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Mit den Erfahrungen aus diversen Pilotbetrieben, mit dem nun gefundenen neuen Standort der STI und mit der Übernahme der Mehrkosten durch den Kanton ab dem Angebotsbeschluss 2026-2029, bleibt kein Argument der STI von 2019 mehr übrig, warum ein fossilfreier Busbetrieb nicht geplant und spätestens ab 2026 schrittweise umgesetzt werden sollte. Andere Städte werden schon ab 2030 keine Dieselsebusse mehr einsetzen.

Dringlichkeit: wird nicht verlangt